

01. 12. 2011



Foto: Perlwieser

Umbau bei der Wohn-Förderung

Parteien-Streit um Wohnbeihilfe

LINZ. Ein Streit um die Wohnbeihilfen des Landes - also Mietzuschüsse für Bedürftige - entzweit derzeit die Landtagsparteien. Konkret geht es um einen Verordnungsentwurf aus dem Ressort von Wohnbaulandesrat Manfred Haimbuchner (FP). Im Rahmen eines Reformpakets sollen damit die Ausgaben für die Wohnbeihilfe bei maximal 85 Millionen Euro eingefroren werden. Hintergrund ist, dass bei steigenden Ausgaben für die Wohnbeihilfe die Mittel für die Wohnbau-Förderung im Gesamtbudget des Ressorts (288 Millionen Euro) geringer werden. Ziel der Reform sei es, die Wohnbauförderungsmittel zu erhalten, damit es künftig ausreichend leistbaren Wohnraum gebe, heißt es aus dem Ressort.

Der Entwurf sieht vor, die geförderte Fläche zu senken. Die Beihilfe zu Mieten im gemeinnützigen Bereich soll mit 300 Euro monatlich gedeckelt werden (im privaten Bereich beträgt die Deckelung schon jetzt 200 Euro). Doch der Einspruch der SPÖ mit Unterstützung der Grünen ließ den Entwurf bei der letzten Sitzung der Landesregierung zurück in Haimbuchners Ressort gehen.

Kritik von SPÖ und Grünen

SPÖ-Wohnbausprecher Christian Makor kritisiert, dass der Entwurf Familien mit vielen Kindern, Alleinerzieher und andere sozial bedürftige Menschen treffe. Aus SPÖ-Sicht ist für die Vermehrung der Mittel für die Wohnbau-Förderung der Bund gefragt, die 1996 eingefrorenen Beiträge zu erhöhen. Auch für die Grünen ist der Haimbuchner-Entwurf „sozial nicht verträglich“, sagt Wohnbausprecherin Maria Wageneder.

Entscheidend ist in der Landesregierung das Wort der absoluten ÖVP-Mehrheit. Deren Wohnbausprecher, Klubobmann Thomas Stelzer, verteidigt die Reform: Oberösterreich zahle im Bundesländervergleich die zweithöchste Wohnbeihilfe pro Haushalt. Reformen seien nicht angenehm, man diskutiere aber auf hohem Niveau. Stelzer zeigt sich nun gesprächsbereit. Am 12. Dezember steht das Thema dann wieder auf der Tagesordnung der Landesregierung. (nie)